

Wieland Zumppe
Philipp-Rosenthal-Straße 21
04103 Leipzig
<http://www.paulinerkirche.org>
<http://www.technologienpsychologie.org>

PDF-Fassung

**Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM
LEITER DER GRUNDSATZABTEILUNG
Herrn Ministerialrat Sven Hinterseh
Richard-Wagner-Straße 15**

70184 Stuttgart

Leipzig, den 21. Oktober 2010

Sehr geehrter Herr Hinterseh,

vielen Dank für Ihre Schreiben per Mail. Da es in der Tat um Grundfragen zukunftsfähiger Wirtschaft geht, fasse ich kurz zusammen, welchen grundsätzlichen Änderungsbedarf es gibt sowie warum dies überaus wichtig und grundlegend über Stuttgart hinaus ist.

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution stehen zunehmend Informationstechnologien über tradierten Handwerken und herkömmlichen Industriebereichen.
Wer Informationstechnologien meistert, fördert Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Entwicklungschancen. Dies trifft besonders für moderne und innovative Infrastrukturen zu.

Notwendig ist hierbei ein bereits beschriebener Paradigmenwechsel.
D.h. es müssen für komplexe (heterogene, übergreifende, fortschreitende und transiente) Prozesse offene Plattformen geschaffen werden, die jedwede Art von Daten, Modellen, Szenarien und fachspezifisches Know-how zu integrativen Lösungen führen können.

Zukunftsfähige Ingenieursleistung des 21. Jahrhunderts besteht gerade darin, die Genauigkeit von Kosten, Fertigstellungsterminen und Ressourcen mit denen einer übergreifenden Nachhaltigkeit und Folgen zu verknüpfen.

So gesehen sind Substanz und derzeitige Zielsetzung bei den Stuttgarter Plänen völlig unausgereift – was folglich verständlicherweise Betroffenheit auslöst.

Katastrophale Parallelbeispiele der Verschwendung öffentlicher Gelder sollten hierzu in Sachsen ausgewertet werden, wo weiter u.a. DDR-Nomenklaturkader Macht ausüben und fragwürdige Vorhaben mit Fördergeldern gern auskosten (siehe Links).
Für Stuttgart wäre es das falsche Signal, deren Argumente gegen Bedenken zu übernehmen („Es sind doch EU-Gelder. Wenn wir es nicht nehmen, kriegen es andere. Wir zahlen nur einen kleinen Teil. Wenn Sie es aufhalten, wird es noch teurer. Das war schon lange geplant. Es ist alles schon beschlossen. Es schadet sonst der Wirtschaft. Die wollen nur Krawall machen...“).
Unzureichend wäre es auch, vorwiegend aus „Überzeugung“ handeln zu wollen.

Niemand möchte, daß alles so bleibt, wie es ist, wenn man etwas verbessern kann. Niemand mißgönnt es der Wirtschaft, sich umfangreich zu betätigen. Im Gegenteil. Aber einzig und allein Substanz ist hier einzufordern im Sinne der Gesellschaft, sowohl von der Deutschen Bahn AG als auch von allen beteiligten Partnern.

Die Informationstechnologien haben sich in den letzten Jahren so rasant entwickelt, daß die Anforderung darin besteht, vernetzte Planungen konsequent quer durch alle Gebiete (komplexe Verkehrs- und Bauplanung, Architektur, Ökologie, Geologie, Meteorologie, Denkmalschutz bis zu den Bedarfsanforderungen der Bürger) mit standardisierten Datenmodellen und Methoden verlustfrei zu erfassen. Sämtliche Planungen müssen digitalisiert vorliegen, damit auch in fünf Jahren und darüber hinaus Abwägungen zu Trassenführungen und Alternativen selbst nachträglich prüfbar und bei geänderten Bedingungen jederzeit entsprechend neu kalkulierbar in Erwägung gezogen werden können.

Die große Gefahr für Deutschland besteht nicht darin, daß eventuell keine Großprojekte mehr durchsetzbar sind, sondern darin, daß diese nicht gemäß ihrer Komplexität zeitgemäß (sei es als gesellschaftlicher Organismus, als Teil der Gemeinschaft, der Natur, der Kultur oder der Lebensqualität) behandelt werden. Nach der anhaltenden, veralteten Herangehensweise, mit propagierten, milliardenschweren Kraftakten vielleicht gut gemeint einzelne Interessengruppen zu befriedigen, kann sonst Google künftig auch immer größere Teile der deutschen Wirtschaft steuern, sowohl bezüglich des Know-hows der Nachfrage als auch durch Datenumfang und Datengenauigkeit.

Die Bürger sind es leid, mit unrealistischen, gehübschten Modellen, leeren Worthülsen, Halbwahrheiten und Verblödungsmarketing ständig genervt zu werden.

Stuttgart braucht eine zeitgemäße offene Plattform für seine Infrastrukturplanungen. Wenn diese erstellt ist, die optimalen Varianten geprüft vorliegen und die Betroffenheit der Bürger in eine, in Sachkenntnis eingebrachte Zielsetzung gewandelt ist, erst dann kann guten Gewissens gebaut werden.

Zwar heißt es dann nicht mehr „Stuttgart 21“, aber „Stuttgart Konsens“ o.ä. wäre vielleicht eine Begriffsmarke, die dann überregional tatsächlich Zeichen setzen und international für eine kommende Infrastrukturwirtschaft (wie bei großen Projekten wie für Flughäfen, Brücken, Lagerstätten etc.) neue Maßstäbe setzen könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Wieland Zumpe

Links: <http://www.paulinerkirche.org/st2010/st2010a.html>
<http://www.paulinerkirche.org/archiv/kader/hva/stange.html>